



MERKBLATT

Grenzüberschreitende Unterbringung Minderjähriger nach dem SGB VIII in FINNLAND

In Finnland ist für die Unterbringung Minderjähriger im Wege der Jugendhilfe nach dem SGB VIII die vorherige Zustimmung der zuständigen finnischen Stellen nach Artikel 56 der Verordnung (EG) Nr. 2201/2003 (sog. Brüssel II a-Verordnung) erforderlich. Vor der konkreten Unterbringung ist daher für jeden unterzubringenden Minderjährigen jeweils ein eigenes Ersuchen auf Erteilung der notwendigen Zustimmung nach Finnland zu richten.

Ersuchen durch wen?

Das Ersuchen um Zustimmung ist durch das für die konkrete Unterbringungsmaßnahme nach dem SGB VIII zuständige Jugendamt zu stellen. Der durchführende freie Träger kann (lediglich) unterstützend tätig werden, z.B. bei Übersetzungen.

Ersuchen an wen?

Das Ersuchen kann an die deutsche Zentrale Behörde, das Bundesamt für Justiz in Bonn, gesendet werden und wird von dort an die finnische Zentrale Behörde übermittelt, die wiederum das Ersuchen an die inhaltlich jeweils zuständige finnische Stelle weiterleitet. Die Kontaktdaten des Bundesamts für Justiz lauten:

Bundesamt für Justiz
Zentrale Behörde für internationale Sorgerechtskonflikte
Referat II 3
Adenauerallee 99 - 103
53113 BONN
E-Mail: int.sorgerecht@bfj.bund.de
Telefon: +49 228 99 410-5212
Telefax: +49 228 99 410-5401

Es ist auch möglich, ein Ersuchen unmittelbar an die Zentrale Behörde in Finnland zu richten:

Ministry of Justice
Unit for International Judicial Administration
PO Box 25, 00023 GOVERNMENT
Finland
E-Mail: central.authority@om.fi
Telefon: +358 9 1606 7628
Telefax: +358 9 1606 7524

Zeitpunkt des Ersuchens und Dauer des Verfahrens

Das Ersuchen wird von der Zentralen Behörde in Finnland an die zuständige Sozialbehörde weitergeleitet, die über die Zustimmung entscheidet.

Inhalt des Ersuchens

Das Ersuchen muss ein formloses Anschreiben, das als Anlage beiliegende ausgefüllte Datenblatt sowie die entsprechenden Anlagen und Nachweise enthalten. Das Datenblatt ist beim Bundesamt für Justiz auf Wunsch im Word-Format erhältlich.

Übersetzungen

Sämtliche Unterlagen, d. h. formloses Anschreiben, Datenblatt und Anlagen/Nachweise müssen jeweils mit finnischer Übersetzung beigebracht werden. Eine beglaubigte Übersetzung ist nicht notwendig, es genügen einfache Übersetzungen.

Ansprechpartner

Für Rückfragen zum Konsultationsverfahren in Finnland sowie allgemein für Fragen der grenzüberschreitenden Unterbringung im Zusammenhang mit der Brüssel II a-Verordnung steht das Bundesamt für Justiz als deutsche Zentrale Behörde zur Verfügung. Informationen hierzu sind zudem auf der Internetseite des Bundesamts für Justiz unter

www.bundesjustizamt.de/sorgerecht

unter dem Stichwort „Grenzüberschreitende Unterbringung von Kindern“ abrufbar.